

## NACHRICHTEN

## Ungarn: Grenzbehörden misshandeln Flüchtlinge

Budapest. Ungarische Grenzbehörden gehen nach Angaben der Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen (MSF) immer gewalttätiger gegen Asylsuchende vor. Zu den Misshandlungen komme es regelmäßig, wenn die Ungarn Flüchtlinge im Grenzgebiet zu Serbien aufgriffen und wieder ins südliche Nachbarland abschoben, hieß es in einer Stellungnahme von MSF-Deutschland, die am Donnerstag veröffentlicht wurde. Ungarn bestreitet, Gewalt gegen Flüchtlinge anzuwenden. *dpa/nd*

## Mindestens 30 Tote bei Anschlag in Irak

Bagdad. Bei einem Selbstmordanschlag auf eine Hochzeitsgesellschaft im Norden Iraks sind mindestens 30 Menschen getötet worden. Mehrere Attentäter brachten Sprengstoffgürtel zur Explosion, wie Sicherheitsbeamte und Klinikmitarbeiter berichteten. Dabei seien zudem 26 Menschen verletzt worden. Der Fernsehsender Al-Sumaria berichtete von mindestens vier Tätern. Der Anschlag ereignete sich in dem Dorf Hadschadsch rund 20 Kilometer nördlich von Tikrit. Bis dato bekannte sich niemand zu der Bluttat. *dpa/nd*

## Riad setzt in Jemen weiter Streubomben ein

Dubai. Amnesty International hat der von Saudi-Arabien angeführten Militärkoalition erneut den Einsatz geächterter Streumunition in Jemen vorgeworfen. In Brasilien produzierte Raketen mit Streumunition seien am 15. Februar auf drei Wohngebiete und eine landwirtschaftlich genutzte Fläche in der nördlichen Provinz Saada, einer Hochburg der schiitischen Huthi-Rebellen, abgefeuert worden, erklärte die Menschenrechtsorganisation am Donnerstag. Amnesty forderte Saudi-Arabien und seine Verbündeten auf, künftig auf Streumunition zu verzichten. *AFP/nd*

## Mehr Hilfe für Menschen in Syrien gefordert

Berlin. Mitarbeiter von Hilfsorganisationen haben die Bundesregierung aufgefordert, sich für die notleidenden Menschen in den belagerten Städten Syriens einzusetzen. »Aleppo ist bis heute Inbegriff des Grauens, das Menschen erleben, die ständig beschossen werden und komplett eingeschlossen sind. In Syrien gibt es jedoch insgesamt 13 Orte wie Aleppo«, erklärten die Vertreter der 23 Organisationen. Als Symbol für ihre eigene Hilflosigkeit in Syrien stellten sich die rund 100 Demonstranten mit gefesselten Händen vor das Reichstagsgebäude. *dpa/nd*



Nackte Verdächtige nach einer Drogenrazzia im Gefängnis von Cebu-City, der Hauptstadt der Provinz Cebu auf den Philippinen

Foto: AFP/Philippine Drug Enforcement Agency

## Duterte auf den Spuren von Marcos

Der philippinische Präsident macht aus seinen despotischen Absichten kein Hehl

**Der Regierungsstil des philippinischen Präsidenten Duterte weckt Erinnerungen an den Despoten Marcos. Jetzt soll die Todesstrafe de jure wieder eingeführt werden.**

Von Rainer Werning

Wenn alles seinen Lauf nimmt, wird in den Philippinen alsbald die Todesstrafe nach deren Abschaffung im Jahre 2006 wieder eingeführt. Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen im In- wie Ausland, assistiert von der mächtigen katholischen Bischofskonferenz der Philippinen (CBCP), machen dagegen Front und bezeichnen diesen Rückschritt als »unmenschlich, beschämend und offensichtlich respektlos«. Ein entsprechendes Gesetz wird dieser Tage nach dritter Lesung im Abgeordnetenhaus seine Hürde nehmen und weiterhin im Senat zur Diskussion anstehen.

Damit wäre eines der Hauptanliegen von Präsident Rodrigo Duterte erfüllt, der seit seinem Amtsantritt am 30. Juni 2016 einen unerbittlichen »Antidrogenkrieg« führt, in dessen Verlauf annähernd 8000 Menschen Opfer sogenannter außergerichtlicher Hinrichtungen wurden.

Eine schlechte Nachricht, die nahtlos an dunkle Signale anknüpft, die im Februar ausgesandt wurden. Vor 31 Jahren – vom 22. bis zum 25. Februar 1986 – hatten die Filipinos in ausgelassener Fiestastimmung den Sturz des verhassten Marcos-Regimes gefeiert. Damals sorgte eine People Power-Revolution für Schlagzeilen. Friedlich waren Hunderttausende auf die ausladende Epifanio de los Santos Avenue (EDSA), die wich-

tigste Verkehrsader der Metropole Manila, geströmt, um gemeinsam mit meuternden Soldaten zu beten und zum Stillstand gebrachte Panzer mit Blumen zu umkränzen.

Corazon C. Aquino, Witwe des im August 1983 erschossenen Ex-Senators und Marcos-Rivalen Benigno »Ninoy« Aquino, zog als gefeierte Demokratie-Ikone in den Präsidentenpalast ein und regierte dort bis 1992.

Von national vereinter Euphorie im Gedenken an People Power war in diesem Jahr nichts zu spüren. Im Gegenteil: Die Regierung spielte die EDSA-Ereignisse bewusst herunter. Anhänger von Duterte bejubelten derweil ihr Idol in Manilas Rizal-Park. Gegner machten indes entlang der EDSA in der Nähe des People Power Monument mobil, warnten vor neuerlicher Despotie und nahmen drei Geschehnisse kritisch ins Visier.

Erstens: Die Verhaftung von Senatorin Leila de Lima, einer der schärfsten parlamentarischen KritikerInnen des Präsidenten. Ihr wird u. a. vorgeworfen, als Justizministerin von 2010 bis 2016 inhaftierte Drogenbarone protegiert und mittels von ihnen erhaltener Schmiergelder ihren Wahlkampf im Frühjahr letzten Jahres finanziert zu haben.

Zweitens: Nach Edgar Matobato im Herbst vergangenen Jahres hat nun mit Arturo Lascañas ein weiterer pensionierter Polizist Präsident Duterte schwer belastet. Dieser, so Lascañas in Begleitung von drei prominenten Menschenrechtsanwälten der Free Legal Assistance Group (FLAG) auf einer Pressekonferenz am 20. Februar in Manila, soll in seiner Zeit als Bürgermeister von Davao City die

städtische Todesschwadron (Davao Death Squad, DDS) direkt befehligt haben, auf deren Konto weit über 1000 Morde gingen.

Drittens: Nach bislang drei recht erfolgreich verlaufenen Verhandlungsrunden mit dem linken Untergrundbündnis der Nationalen Demokratischen Front der Philippinen (NDFP) vollzog der Präsident eine abrupte Kehrtwende, erklärte den Friedensprozess plötzlich für beendet und drohte als Oberbefehlshaber der Streitkräfte den Linken erneut mit »totalem Krieg«.

Die Verhaftung von Senatorin Leila de Lima wertet die National Union of Peoples' Lawyers (NUPL) in einem Statement vom 24. Februar als »schändlich heuchlerisch«. Die Behandlung der Senatorin zeuge zwar von politisch motivierter Einschüchterung, Korruption juristischer Prozesse und selektiver Abstrafung. Gleichzeitig aber habe die Liberale Partei, als deren Mitglied de Lima im Kabinett von Duterte-Vorgänger Benigno S. Aquino III. Justizministerin war, die Existenz von politischen Gefangenen geleugnet. Doch bis heute, so das NUPL-Statement, befänden sich landesweit 402 namenlose politische Gefangene aus »weitaus nobleren Gründen« hinter Gittern. Die meisten von ihnen hätten sich jahrelang in entbehrungsreichem Kampf für Demokratie, Frieden und Gerechtigkeit engagiert und seien Opfer fabrizierter Anklagen geworden.

Während sich der Präsident trotz seines »Antidrogenkrieges« nach wie vor großer Beliebtheit erfreut, gerät Duterte nach Lascañas' Anschuldigungen gegen ihn nun doch zuneh-

mend in Erklärungsdruck. Lascañas macht in diesen Tagen weitere Aussagen vor einem Senatsausschuss, wo deren dem Präsidenten geneigte Mehrheit alles daran setzt, ihn als unglaubwürdig abzustempeln. Duterte hatte sich in der Vergangenheit damit gebrüstet, in »seiner Stadt« selbst Menschen getötet zu haben.

Kritik muss sich der Präsident auch wegen seiner Aufkündigung der Friedensverhandlungen mit der NDFP gefallen lassen. Nachdem im Sommer vergangenen Jahres wieder ein entsprechender Dialog unter der Schirmherrschaft des norwegischen Außenministeriums in Gang gekommen war und Fortschritte gemacht hatte, ließ die Regierungsseite Ende Februar ein zuvor vereinbartes Zusammentreffen mit der NDFP in den Niederlanden platzen. Dabei wäre es um die Modalitäten eines bilateralen Waffenstillstandsabkommens gegangen. Offensichtlich auf Druck des Generalstabs der Streitkräfte hatte der Präsident erklärt, dass es zu seinen Lebzeiten doch keine Vereinbarung mit der NDFP gäbe. Diese und deren Guerillaorganisation Neue Volksarmee nannte er »terroristisch«.

In einem am 11. Februar im »Philippine Daily Inquirer« veröffentlichten Leserbrief warnte Edre U. Olalia in seiner Eigenschaft als Rechtsberater der NDFP eindringlich vor einem Kappen des Dialogs. Angesichts landesweit pressierender und ungelöster sozialer Probleme bestünden mehr denn je gewichtige Gründe, an den Verhandlungstisch zurückzukehren und bilateral vereinbarte Sicherheits- und Immunitätsgarantien für NDFP-Berater auch zu respektieren.

ANZEIGE

BAD HOMBURG

INFO/BUCHUNG  
 030/2978-1620  
 Kein Einzelzimmerzuschlag

Foto: HKR Reisen

Preis pro Person im Doppelzimmer € 168,-  
Kein Einzelzimmerzuschlag

Voranreise/Verlängerungsnacht mit

Frühstück € 54,-

15.04. – 17.04.	28.07. – 30.07.
21.04. – 23.04.	04.08. – 06.08.
05.05. – 07.05.	11.08. – 13.08.
19.05. – 21.05.	18.08. – 20.08.
03.06. – 05.06.	25.08. – 27.08.
16.06. – 18.06.	01.09. – 03.09.
07.07. – 09.07.	

## Leistungen im Preis

✓ 2 Übernachtungen im Maritim Hotel Bad Homburg ✓ Reichhaltiges Maritim-Frühstücksbuffet mit Sekt ✓ Begrüßungsgetränk ✓ 1 x Hessisches Buffet mit einem Glas Apfelwein am Anreisetag ✓ 1 x 3-Gänge-Menü am 2. Abend ✓ Führung durch die historische Altstadt am 2. Tag ✓ Eintrittskarte für das Landgrafenschloss ✓ Kostenloses W-LAN ✓ Freie Nutzung des Hotelschwimmbads

Ausführliche Reisebeschreibung/Buchung: nd-Leserreisen, Herr Frank Diekert, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin • Fax 030/2978-1650 • [leserreisen@nd-online.de](mailto:leserreisen@nd-online.de)

Veranstalter: HKR GmbH, Hannoverische Str. 6 – 8, 49084 Osnabrück

neues deutschland **nd**  
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

## FBI: Insider könnte Quelle der Enthüllungen sein

Wikileaks-Veröffentlichungen bringen laut CIA Leben von US-Bürgern in Gefahr / Grüne fordern hartes Vorgehen

**Hinter der Veröffentlichung geheimer Hacking-Werkzeuge der CIA wird ein abtrünniger Insider vermutet. Das FBI will Hunderte Menschen verhören, die als Täter in Frage kommen.**

Von Paul Handley und Rob Lever

Washington. Nach den Wikileaks-Enthüllungen zu den Hackerangriffen der CIA auf Smartphones, Fernseher und andere Geräte sieht der Geheimdienst CIA das Leben von US-Bürgern in Gefahr. Derartige Enthüllungen »bringen nicht nur US-Personal und Einsätze in Gefahr, sondern statten unsere Gegner auch mit Werkzeugen und Informationen aus, um uns zu schaden«, sagte eine CIA-Sprecherin am Mittwoch.

Nach der beispiellosen Enthüllung von Hacker-Werkzeugen der CIA gehen die Ermittler unterdessen laut Medienberichten von ei-

nem Insider als Quelle aus. Die US-Bundespolizei FBI wolle jeden befragen, der Zugang zu den Unterlagen hatte, schrieb die »New York Times« in der Nacht zum Donnerstag. Das könnten mehrere hundert oder auch über tausend Personen sein, hieß es unter Berufung auf Ermittlerkreise.

Zur Echtheit der Dokumente wollte sich die CIA-Sprecherin nicht äußern. Die Enthüllungsplattform Wikileaks hatte am Dienstag 8761 Dokumente veröffentlicht, die aus dem CIA-Zentrum für Cyberaufklärung in Langley bei Washington stammen und über die Computer- und Internetspionage des US-Geheimdienstes Auskunft geben sollen. Die Hackertruppe operiert demnach vom US-Konsulat in Frankfurt am Main aus. Das Konsulat diene als heimliche Basis der Hacker für Spähaktionen in Europa, dem Nahen Osten und Afrika, hieß es. Aus den Dokumenten geht laut Wikile-

aks hervor, dass die US-Regierungshacker unter anderem iPhones von Apple, Android-Geräte von Google, Software von Microsoft und sogar Samsung-Fernseher angreifen, um Nutzer auszuspionieren. Der frühere US-Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden, der 2013 die massiven Spähprogramme des US-Geheimdienstes NSA enthüllt hatte, erklärte im Kurzbotschaftendienst Twitter, die veröffentlichten Dokumente wirkten »authentisch«.

Die Enthüllungen sorgten für erhebliche Unruhe bei den betroffenen High-Tech-Firmen. Apple erklärte, die ersten Analysen durch das Unternehmen deuteten darauf hin, dass viele der Sicherheitslücken, über die Wikileaks berichtet, bereits in der jüngsten Version des Betriebssystemes iOS behoben seien. »Wir werden weiter daran arbeiten, rasch jegliche identifizierte Schwachstelle anzugehen«, erklärte der Konzern. Ähnlich äußerte sich

Samsung. Das Unternehmen habe den Wikileaks-Bericht zur Kenntnis genommen und befasse sich »dringlich« mit der Angelegenheit, hieß es.

Wikileaks-Gründer Julian Assange kündigte unterdessen am Donnerstag in einer Internet-Übertragung an, dass seine Enthüllungsplattform den Geräteherstellern ausführliche Informationen zu den Hacker-Werkzeugen der CIA zur Verfügung stellen will.

Der Grünen-Geheimdienstexperte Hans-Christian Ströbele forderte von der Bundesregierung ein hartes Durchgreifen gegen US-Spione. »Die Regierung muss deutlich machen, dass bestimmte Geheimdienst-Mitarbeiter, die an der Spionage beteiligt sind, hier nichts zu suchen haben«, sagte Ströbele der »Neuen Osnabrücker Zeitung« vom Donnerstag. »Sie könnten des Landes verwiesen werden. Man könnte auch die Zentrale der Überwachung in Frankfurt schließen.« *AFP/nd*

## Ein »Muslim-Bann 2.0«

Hawaii klagt gegen Trumps neues Einreiseverbot

Von Olaf Standke

»Die Tatsache, dass es einen Monat gedauert hat, bis sie einen neuen Erlass veröffentlicht haben, sagt alles über die Verfassungsmäßigkeit des ersten Einreiseverbots.« Bob Ferguson, Generalstaatsanwalt des US-Bundesstaates Washington, hatte erfolgreich gegen das damalige Dekret von US-Präsident Donald Trump geklagt. Bei der Neuauflage ist nun Hawaii der Vorreiter und hat eine einstweilige Verfügung beantragt: Das überarbeitete Dekret, das am 16. März in Kraft treten soll, schade der muslimischen Bevölkerung des kleinen Bundesstaates, dem Tourismus und ausländischen Studierenden, heißt es in der Begründung. Douglas Chin, Amtskollege von Ferguson, spricht von einem »Muslim-Bann 2.0«. Unter dem Vorwand der nationalen Sicherheit ziele auch der neue Präsidentenerlass auf Migranten und Flüchtlinge, selbst wenn nicht mehr so viele Menschen betroffen seien wie beim alten. Das Dekret verhängt ein 90-tägiges Einreiseverbot gegen Bürger aus Iran, Libyen, Syrien, Somalia, Sudan und Jemen. Irak wurde gestrichen. Auch Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft und dauerhafter Aufenthaltsgenehmigung wären vom Verbot ausgenommen.

Wie Trump erklärte, orientiere sich der Text an den Vorgaben der Richter, die die erste Fassung verworfen hatten. Kritiker sehen das anders: Der Erlass leide nach wie vor unter »verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Mängeln«. Gemeinsam beantragten nun Hawaii und die Washingtoner Regierung eine Anhörung für den 15. März. Wie Washington prüfen auch noch andere US-Bundesstaaten, ob sie gerichtlich gegen das neue Einreiseverbot vorgehen wollen.

Unterdessen hat die Zoll- und Grenzschutzbehörde der Vereinigten Staaten mitgeteilt, dass die Zahl illegaler Grenzübertritte zwischen den USA und Mexiko stark gesunken sei. Von Januar bis Februar wurden danach knapp 18 800 Einwanderer aufgegriffen, wie Heimatschutzminister John Kelly am Mittwoch (Ortszeit) bekannt gab. Das sei ein Rückgang um 40 Prozent im Vergleich zu den vergangenen Jahren. Normalerweise sei in dieser Jahreszeit ein Anstieg zu beobachten. Kelly führt die Entwicklung auf Trumps Dekrete über ein härteres Vorgehen gegen illegale Einwanderer zurück. Allerdings haben auch die »Coyotes« genannten Schlepper im Grenzgebiet seit November vergangenen Jahres ihre Preise in einigen Regionen auf etwa 8000 Dollar (7600 Euro) verdoppelt.

Kommentar Seite 4